



N i e d e r s c h r i f t

6. bzw. 5. Öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses und des Sozialausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 13.02.2014
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:15 Uhr
Ort, Raum: Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Herr Rudolf G. Beeth Vorsitzender Sozialausschuss

Herr Gerd-Rainer Busch Vorsitzender Jugendhilfeausschuss

Herr Thomas Jäger

Frau Cordula Schultz

Frau Doris Grote

Herr Henning Wulf

Vertretung für: Frau Glage, Annette

Vertretung für: Frau Saggau, Monika
bis 19:25 Uhr

Frau Bettina Albert

Frau Ute Algier

Frau Ingrid Helmrich

Vertretung für: Frau Hahn-Fricke,
Angelika

Herr Anton Josov

Herr Joachim Miermeister

Frau Susanne Strehl

Frau Irmgard Block

Vertretung für: Frau Lessing, Edda 2.
stellvertretende Landrätin

Frau Ulla Lange

Herr Christopher Schmidt

Frau Annelie Eick

Frau Caerstin Hunger

Frau Miriam Eissing

Vertretung für: Frau Jahn, Rosemarie
ab 19:45 Uhr

Herr Wolfgang Schnabel

Vertretung für: Frau Jahn, Rosemarie
bis 19:45 Uhr

Herr Oliver Weber

Herr Ingo Kümmel

Herr Thomas Wilken

Herr Norbert Dachsel

Vertretung für: Herrn Köppen, Toni

Vertretung für: Herrn Blechschmidt,
Danny

Herr Holger Bettaque

Herr Torben Heyl
Herr Ulrich Klinke
Herr Karl-Heinrich Senckel
Herr Hans Siebke
Herr Holger Weihe
Herr Wolfgang Wittek
Frau Daniela Otto
Frau Elfriede Burmeister Kreissenorenbeirat
Herr Hans Jeenicke
Herr Hans-Peter Schreiber Behindertenbeauftragter
Herr Marcel Klemmer Stellv. Kreis Elternvertretung
Herr Tobias Lentz Kreisjugendkommission
Herr Claus Peter Dieck KT-Abg. als Gast
Herr Ole-Christopher Plambeck KT-Abg. als Gast
Frau Rita Marcussen KT-Abg. als Gast
Frau Landrätin Hartwieg
Herr Dr. Hoffmann FBL Soziales, Jugend, Bildung
Herr Schröder FBL Ordnungswesen und Straßenverkehr von 18:15 Uhr bis 19:15 Uhr
Herr Stankat Jugendamtsleiter
Frau Andrasch FDL Soziale Sicherung
Frau Lundt FDL Sozialpädagogische Hilfen West
Herr Meenen FDL Ausländer- und Asylangelegenheiten von 18:15 Uhr bis 19:15 Uhr
Herr Schneider FDL Sozialpädagogische Hilfen Ost
Herr Giesecke Soziale Sicherung
Herr Heinze Kita, Jugend, Schule, Kultur
Herr Kerder Jugendhilfeplaner
Frau Kind Büro der Landrätin
Frau Kristoffersen FS Kinderschutz und Qualitätsmanagement
Frau Nitschke FS Kinderschutz und Qualitätsmanagement
Frau Harder Protokollführerin

Abwesende:

Frau Annette Glage
Frau Monika Saggau
Frau Angelika Hahn-Fricke
Frau Edda Lessing
Frau Rosemarie Jahn
Herr Toni Köppen
Herr Danny Blechschmidt
Herr Viktor Vogt Vertreter d. Belange ausl. Einwohner

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 2.2 Korrektur der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung vom 31.10.2013
 - 2.3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.01.2014
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
 - 3.1 Förderung des Beratungswesens im Kreis Segeberg ab dem Jahr 2015 ff.
Hier: Beratung und Beschlussfassung über die Konzeption zur Leistungsvergabe sowie über die Durchführung der Ausschreibung
Vorlage: DrS/2013/089-2
 - 3.2 Bericht zum sog. "Abschiebungsfall Nahe"
 - 3.3 Strategische Ziele des Kreises Segeberg - Synopse
Vorlage: DrS/2014/005-2
- 4 Berichte der Verwaltung (Jugendhilfeausschuss)
 - 4.1 Umsetzungskonzept hinsichtlich des Beratungsanspruches durch eine insoweit erfahrene Fachkraft für die Berufsgruppen, die beruflich mit Kindern und Jugendlichen arbeiten gemäß § 4 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG)
Vorlage: DrS/2013/222
 - 4.2 Trägervereinbarung zur Vorlage von polizeilichen Führungszeugnissen von ehrenamtlich Tätigen in der Jugendhilfe
Vorlage: DrS/2013/231
 - 4.3 Beantwortung der Anfrage der Piratenpartei zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vom 18.10.2013
Vorlage: DrS/2014/017
 - 4.4 Weitere Berichte
- 5 Verschiedenes
 - 5.1 Informationen und Anfragen
 - 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 6 Einwohnerfragestunde II

Protokoll:

Die Vorsitzenden eröffnen die Sitzung. Sie stellen fest, dass die Ausschüsse ordnungsgemäß geladen wurden und beschlussfähig sind.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Auf die Frage von Frau Dose, wie mit den schriftlichen Fragen der Trägervertretung umgegangen wird, erläutert Herr Busch, dass eine schriftliche Antwort erstellt werde. Dieses konnte bis heute nicht geschehen, da die Fragen erst am Vortag eingegangen seien.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Frau Eick erläutert den zuvor per Mail eingegangenen Antrag, einen Bericht über den sog. „Abschiebungsfall Nahe“ aufzunehmen, welcher als TOP 3.2 berücksichtigt wird.

Da es keine Gegenstimmen gibt, wird die Tagesordnung in dieser Form genehmigt.

zu 2.2 Korrektur der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung vom 31.10.2013

Die Verwaltung stellt, wie bereits in der Niederschrift vom 15.01.2014 angemerkt, richtig, dass das Abstimmungsergebnis zum TOP 3.1 Förderung des Beratungswesens im Kreis Segeberg ab dem Jahr 2015 ff. entgegen der Niederschrift folgendermaßen lautet:

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 22

Ablehnung: 3

Enthaltung: 1

zu 2.3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.01.2014

Da es keine Gegenstimmen gibt, wird die Niederschrift genehmigt.

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 3.1 Förderung des Beratungswesens im Kreis Segeberg ab dem Jahr 2015 ff.

Hier: Beratung und Beschlussfassung über die Konzeption zur Leistungsvergabe sowie über die Durchführung der Ausschreibung

Vorlage: DrS/2013/089-2

Herr Dr. Hoffmann erläutert Vorlage sowie Anlagen und geht auf zuvor zugegangene Fragen ein. Er macht deutlich, dass beim Budget für die Schuldnerberatung keine Abstriche gemacht wurden, sondern nur eine Budgetverschiebung zu Gunsten des Raumes Nord stattgefunden habe. Des Weiteren sei die Frage herangetragen worden, ob eine Budgeterhöhung bzgl. der Front Offices vorgesehen sei. Lt. Herrn Dr. Hoffmann müsse dann eine Steigerung um 15 % auf 70.000 € vorgenommen werden.

Abschließend informiert Herr Dr. Hoffmann zum einen, dass die Verwaltung entgegen der Vorlage vorsieht, für die Wohnungslosenberatung ebenfalls nur einen Träger zu suchen, der dann an allen drei Standorten berät; zum anderen müsse über die Ziffer 2 des Beschlussvorschlags ebenfalls der Hauptausschuss und der Kreistag beschließen.

Aufgrund der folgenden Nachfragen aus dem Ausschuss gibt Herr Dr. Hoffmann zu verstehen, dass grundsätzlich das Territorialprinzip für den Einzugsbereich der Beratungsstandorte gelte, aber ein Austausch von Ratsuchenden zwischen den Standorten möglich sei. Dies sei kreisübergreifend allerdings nicht vorgesehen, es sei denn das Gegenseitigkeitsvereinbarungen zwischen den Trägern getroffen werden.

Nachdem Frau Schultz für die SPD-Fraktion den Antrag stellt, die Regelung über das Front Offi-

ce aus den Unterlagen zu streichen und in den Aufgabenbereich der Verwaltung zu verlagern, wird dieser kontrovers im Ausschuss diskutiert. Währenddessen stellt Herr Miermeister den Antrag zu Geschäftsordnung, dass eine Abstimmung ohne weitere Diskussion stattfinden solle, welcher jedoch abgelehnt wird. Abschließend stellt Herr Busch den SPD-Antrag zur Abstimmung. Dieser wird mit sechs Zustimmungen abgelehnt.

Am Ende stellt Herr Busch die Vorlage mit der von Herrn Dr. Hoffmann eingangs erläuterten Änderung der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss/Der Sozialausschuss fasst folgende Beschlüsse,

1. die Verwaltung wird mit der Durchführung einer Ausschreibung für die in Anlage 1 benannten Beratungsleistungen auf Grundlage der in Anlage 2 angefügten Vergabekonzeption und der in Anlage 5 aufgezeigten regionalen Verteilung beauftragt mit der Änderung, dass auch für die Wohnungslosenberatung außerhalb von Norderstedt ein Träger gesucht wird .
2. dem Kreistag wird empfohlen, dass das jährliche Budget für Leistungen des Beratungswesens für die Jahre 2015- 2019 um jährlich 374.385,- EUR erhöht wird.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 25 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 3.2 Bericht zum sog. "Abschiebungsfall Nahe"

Herr Meenen nennt Eckpunkte aus der Pressemitteilung, welche bzgl. dieses Themas veröffentlicht wurde und dem Protokoll anhängt.

Auf Nachfrage erläutert er ebenfalls, dass es nicht die Aufgabe der Ausländerbehörde sei, auf die Härtefallkommission hinzuweisen, zumal die Familie anwaltlich vertreten sei. Er weist erneut darauf hin, dass die Familie diese Kommission schon seit der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts hätte anrufen können. Ebenfalls sei der § 25 b des Aufenthaltsgesetzes sowie auch § 25 a geprüft worden, es lägen allerdings Ausschlussstatbestände vor. Frau Hartweg weist darauf hin, dass Grundlage für alle Beurteilungen sei, ob von den Asylsuchenden auch ihre wahre Identität genannt werde.

zu 3.3 Strategische Ziele des Kreises Segeberg - Synopse

Vorlage: DrS/2014/005-2

Bzgl. der Nr. 1.8 einigen sich die Ausschüsse mit 21 Zustimmungen und 3 Gegenstimmen auf den Vorschlag der SPD-Fraktion.

Anschließend einigen sich die Ausschüsse darauf, über die gesamte Nr. 5 in der SPD-Formulierung abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 17 Ablehnung: 8 Enthaltung: -

Nachdem Frau Schultz erläutert, dass es sich bei Nr. 6.1 um eine redaktionelle Anpassung der SPD handle, stimmen die Ausschüsse mehrheitlich mit 13 Zustimmungen und 10 Ablehnungen zu.

Nach einer kurzen Diskussion zieht die SPD-Fraktion ihren Antrag zur Nr. 6.4 zurück und die Ausschüsse einigen sich auf den Text der Verwaltung.

Auf die Erläuterung von Frau Schultz zur Nr. 6.10, es würde sich um eine redaktionelle Anpassung

sung handeln, entgegnet Herr Wittek, dass es sich bei Unterstützung um eine finanzielle Angelegenheit handeln würde. Herr Beeth lässt über den SPD-Vorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 22 Ablehnung: 3 Enthaltung: -

Die Ausschüsse einigen sich darauf, dass eine Gesamtabstimmung nicht nötig sei.

Hieraufhin schließt Herr Beeth die Sitzung des Sozialausschusses um 19:35 Uhr, während der Jugendhilfeausschuss nach einer Unterbrechung seine Sitzung fortsetzt.

Pause: 19:35 Uhr – 19:45 Uhr

zu 4 Berichte der Verwaltung (Jugendhilfeausschuss)

zu 4.1 Umsetzungskonzept hinsichtlich des Beratungsanspruches durch eine insoweit erfahrene Fachkraft für die Berufsgruppen, die beruflich mit Kindern und Jugendlichen arbeiten gemäß § 4 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) Vorlage: DrS/2013/222

Frau Nitschke erläutert den vorliegenden Bericht und informiert, dass bereits eine Veranstaltung in der Sventana-Schule in Bornhöved stattgefunden habe. Bei diesen Veranstaltungen seien auch Referendare und Praktikanten willkommen.

zu 4.2 Trägervereinbarung zur Vorlage von polizeilichen Führungszeugnissen von ehrenamtlich Tätigen in der Jugendhilfe Vorlage: DrS/2013/231

Nach Vorstellung der Vereinbarung durch Frau Kristoffersen, erläutert Herr Stankat auf Nachfrage von Herr Josov, dass Ehrenamtliche für ein erweitertes Führungszeugnis nicht die für Auskünfte aus dem Bundeszentralregister üblichen Gebühren zu entrichten hätten. Entsprechende Informationen müssten den Meldeämtern vorliegen.

zu 4.3 Beantwortung der Anfrage der Piratenpartei zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vom 18.10.2013 Vorlage: DrS/2014/017

Die Beantwortung der Anfrage liegt schriftlich vor. Es werden keine Fragen aus dem Ausschuss gestellt.

zu 4.4 Weitere Berichte

Herr Stankat meldet aktuelle Zahlen zum Thema Kindeswohlgefährdung aus dem Jahr 2013: Insgesamt seien 102 Hinweise auf Kindeswohlgefährdung eingegangen, welchen in jedem Einzelfall vom Jugendamt nachgegangen worden ist. Bei einer gezählten Meldung handle es sich jeweils um ein Kind, d.h. ein Sachverhalt der eine größere Familie betrifft mehrmals gezählt werde. In 26 Fällen dieser 102 Hinweise habe eine tatsächliche Gefährdung bestanden bzw. eine Misshandlung vorgelegen. Dabei handelte es sich um fünf körperliche, zwei psychische und fünf sexuelle Misshandlungen sowie in 16 Fällen um Vernachlässigungen der betroffenen Minderjährigen. Darüber hinaus habe es im Jahr 2013 rund 100 Fälle von Inobhutnahmen gegeben, wobei diese nicht nur aus einer Gefährdung heraus resultieren würden, sondern häufig aufgrund familiärer Konfliktlagen notwendig würden.

Zum Thema Schulsozialarbeit berichtet Herr Heinze, dass ein neuer FAG-Entwurf des Landes vorsehe, den Kommunen ab dem Jahr 2015 zusätzliche 13 Mio. Euro p.a. hierfür bereitzustellen.

zu 5 Verschiedenes

zu 5.1 Informationen und Anfragen

Der Vorsitzende berichtet, dass der Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses einen runden Tisch eingerichtet habe, welcher vor zwei Tagen getagt habe und das ab jetzt zweimal pro Jahr plane.

Zur Aufforderung von Frau Helmrich, die Fachkräfte des Jugendamtes sollten bzgl. der sozialen und psychischen Kindesentwicklung geschult werden, teilt Herr Stankat mit, dass die Planung und Genehmigung fachbezogener Fortbildungen den Regionalverantwortlichen obliege, welche im Bedarfsfall auch solche Fortbildungen umfassen.

Herr Brinker informiert aufgrund einer Nachfrage von Frau Otto darüber, dass die Vorlage DrS/2013/226 sich nicht auf der heutigen Tagesordnung befinde, da sie für jedermann zugänglich im Allris-System zu finden sei.

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Herr Dr. Hoffmann macht drauf aufmerksam, dass die nächste gemeinsame Sitzung lt. Zeitplan am 15.05.2014 stattfinden wird.

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Die Vorsitzenden schließen mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

gez. Gerd-Rainer Busch &
Rudolf G. Beeth
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Harder
(Protokollführerin)